

Zimmermann zu Stroessner

Unter sorgfältiger Geheimhaltung hat Innenminister Friedrich Zimmermann auf Betreiben seines Parteivorsitzenden Franz Josef Strauß einen Besuch beim Diktator Paraguays, Alfredo Stroessner, vorbereitet. Zwischen Gesprächen mit der argentinischen und brasilianischen Regierung über Rauschgiftbekämpfung hat der CSU-Vize für den 22. und 23. Oktober eine Visite in Asunción eingeplant, wo er von Stroessner empfangen wird. Der Staatschef hatte im Sommer einen Deutschland-Besuch abgesagt, nachdem er in Bonn weder Termine beim Bundespräsidenten noch beim Außenminister erhalten hatte. Zimmermann, so hofft Strauß, soll den General mit den Deutschen wieder versöhnen.

Doppel-Rolle

Der ehemalige Bundesminister Otto Graf Lambsdorff mußte am vergangenen Freitag nicht zum Flick-Prozeß erscheinen, weil seine Verteidiger Egon Müller und Sven Thomas verhindert waren und Richter Hans-Henning Buchholz deshalb

die Hauptverhandlung ausfallen ließ. Statt vor Gericht trat Rechtsanwalt Müller ein paar hundert Meter weiter vor dem Deutschen Anwaltverein in der Bonner Beethovenhalle als Teilnehmer einer Podiumsdiskussion auf. Thema: „In der Bundesrepublik Deutschland wird noch zu viel angeklagt.“

Keine Rückkehrprämie

Bonn hat den Wunsch CDU-regierter Bundesländer, Ausländern die Rückkehr in ihre Heimat noch einmal finanziell schmackhaft zu machen, abgeblockt. In einem Ministergespräch im Kanzleramt bekräftigten die Koalitionäre, daß es keine Neuauflage des befristeten Rückkehrförderungsgesetzes vom Herbst 1983 geben werde. Das wird zu teuer: Weil nicht, wie geschätzt, 50 000, sondern 150 000 meist türkische Gastarbeiter von der Möglichkeit Gebrauch machen, sich ihre Rentenbeiträge sofort auszahlen zu lassen, mußte die Rentenversicherung statt der veranschlagten einen Milliarde 2,5 Milliarden Mark herausrücken.



Innerdeutscher Minister Windelen

Amtliches Wir-Gefühl

Ein vaterländisches Magazin für Gymnasiasten mit dem Namen „Wir – in Ost und West“ hat Bonns innerdeutscher Minister Heinrich Windelen auflegen lassen: 400 000 Exemplare der Halbjah-



Angeklagte Schröder, Fasoli, Waldmann

Die Märchen des MAD

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) wird seine Kießling-Affäre nicht los. Nachdem die Bonner Staatsanwälte drei seiner Untergebenen wegen vorsätzlicher uneidlicher Falschaussage angeklagt haben, muß der Minister fürchten, daß der Verleumdungskandal aus dem Jahre 1984 noch einmal vor Gericht ausgebreitet und er selbst als Zeuge geladen wird.

Vermeidbar wäre dies nur, wenn die Beschuldigten die ihnen zur Last ge-

legte Straftat zugäben. Bislang aber haben dem Minister nur zwei Offiziere des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) diesen Gefallen getan. Oberst Oskar Schröder, seinerzeit Abteilungsleiter beim MAD, mittlerweile zur Truppe versetzt, und der MAD-Hauptmann Josef Fasoli räumten bei den Vernehmungen durch die Staatsanwälte ein, vor dem Bonner Verteidigungsausschuß, der als Untersuchungsausschuß eingesetzt war, vorsätzlich gelogen zu haben.

Sie hatten den Parlamentariern weiszumachen versucht, der von Fasoli angefertigte und von Schröder abgezeichnete „Sachstandsbericht“ – Grundlage der Gerüchte, General Günter Kießling sei homosexuell und verkehre in der Kölner Schwulen-Szene – sei nur zu Schulungszwecken zu Papier gebracht worden, nicht aber für die Sicherheitsakte des Generals bestimmt gewesen.

An dieser Version, die schon der Ausschuß als „unglaublich“ und „in ihrer Widersprüchlichkeit nicht zu überbieten“ charakterisiert hatte, hält nur noch der ehemalige Regierungsdirektor im Kölner Amt für Sicherheit der Bundeswehr (ASBW) Artur Waldmann fest. Er war es, der die üble Nachrede über den Nato-General Kießling nach einem Gespräch mit Werner Karrasch, damals stellvertretender Personalratsvorsitzender auf der Hardthöhe, als erster zu Papier brachte.

Sollte Waldmann auch vor dem erweiterten Schöffengericht des Bonner Amtsgerichts (Vorsitzender: Peter Durst) bei dieser Darstellung bleiben, müßte der gesamte Vorgang, den Wörner so gern in Vergessenheit geraten ließe, noch einmal aufgerollt und „materiell bewertet werden“ (Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm). Dann wäre auch eine Vernehmung des CDU-Politikers Manfred Wörner „nicht auszuschließen“.